

Inhalt

	<u>Seite</u>
Vorwort	4
1 Was bedeutet Demokratie eigentlich? <i>- Was heißt Demokratie?</i> <i>- Demokratie als Volksherrschaft</i> <i>- Rechtsstaatlichkeit</i>	5 - 7
2 Ursprung der Demokratie	8 - 10
3 Direkt-, Präsidial- und parlamentarische Demokratie <i>- Entscheidungen in der Politik fällen – mehr direktdemokratische Elemente?</i>	11 - 16
4 Demokratie früher und heute <i>- Die zeitgeschichtliche Entwicklung der Demokratie in Deutschland</i>	17 - 20
5 Der Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland	21 - 22
6 Das Grundgesetz – Die Bibel der Demokratie	23 - 24
7 Das Parteiensystem in Deutschland – Ein aktueller Überblick	25 - 26
8 Das deutsche Wahlsystem – Jede Stimme zählt	27 - 29
9 Demokratie in der Schule	30 - 31
10 Gesetze und Vorschriften	32 - 34
11 Risiken der deutschen Demokratie <i>- Lobbyismus</i> <i>- Global Players</i>	35 - 37
12 Gesellschaft in einer Demokratie <i>- Wodurch zeichnet sich eine demokratische Gesellschaft aus?</i> <i>- Rollenspiel zum Thema „Flüchtlinge in Deutschland“</i>	38 - 42
13 Einhaltung der Menschenrechte in Deutschland	43 - 45
14 Kritik am politischen System Deutschlands <i>- Politikverdrossenheit</i>	46 - 49
15 Die Lösungen	50 - 56

Vorwort

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

vor dem Hintergrund, dass wir in einer demokratischen Gesellschaft leben, stellt das Thema Demokratie einen besonders wichtigen Themenkomplex in der Schule dar. Wir haben den Auftrag, die Schülerinnen und Schüler hin zu demokratisch Denkenden und mündigen Bürgern zu erziehen. In diesem Sinne will der vorliegende Band Sie bei der alltäglichen Erziehungsarbeit, aber auch ganz gezielt im Politikunterricht unterstützen.

Es geht darum, dass sich die Schüler zunächst einmal allgemein mit dem Demokratiebegriff und den unterschiedlichen Demokratieformen auseinandersetzen, um anschließend die demokratischen Elemente speziell in der Bundesrepublik kennenzulernen. Dabei bleibt dieses Werk nicht auf der theoretischen Ebene stehen, sondern es werden ganz gezielt auch praxisnahe Elemente mit aufgenommen. Auch auf eine alltagsnahe Vermittlung, die sich an der Lebenswelt der Schüler orientiert, wurde hier besonders Wert gelegt. Dabei werden die Schüler immer wieder dazu angehalten, ihre eigene Meinung mit einzubringen. So wird Kompetenz erarbeitet, einen eigenen Standpunkt herauszubilden und diesen auch begründen zu können. Dies stellt eine unerlässliche Voraussetzung dafür dar, dass die Schüler lernen, für sich selbst und für andere Verantwortung zu übernehmen und dementsprechend zu handeln.

In methodischer Hinsicht sind die Aufgaben auf verschiedene Sozialformen wie Einzelarbeit, Partnerarbeit und Gruppenarbeit ausgerichtet, was zu einem abwechslungsreichen Unterricht beiträgt. Dabei wurde darauf geachtet, dass sich diese sinnvoll ergänzen. So werden Texte im Rahmen eines kooperativen Lernens oft in Partner- oder Gruppenarbeit erschlossen. Aber auch zum Einstieg in ein Thema ist das kooperative Lernen eine sinnvolle Methode. Grundsätzlich sind die Aufgaben innerhalb eines Kapitels so gestaltet, dass sie sich in ihrem Schwierigkeitsgrad steigern. So werden sowohl leistungsschwächere als auch leistungsstarke Schüler in gleichem Maße angesprochen.

Viel Freude und Erfolg beim Einsatz der vorliegenden Kopiervorlagen wünschen Ihnen der Kohl-Verlag und

Manuel Gross & Viktoria Weimann

Bedeutung der Symbole:



Einzelarbeit

EA



Partnerarbeit

PA



Arbeiten in kleinen Gruppen



Arbeiten mit der ganzen Gruppe



Schreibe ins Heft/
in deinen Ordner

**netzwerk
lernen**



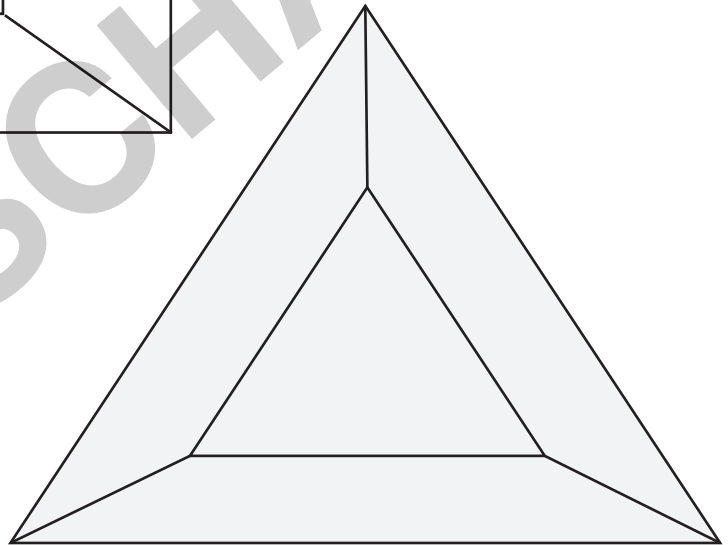
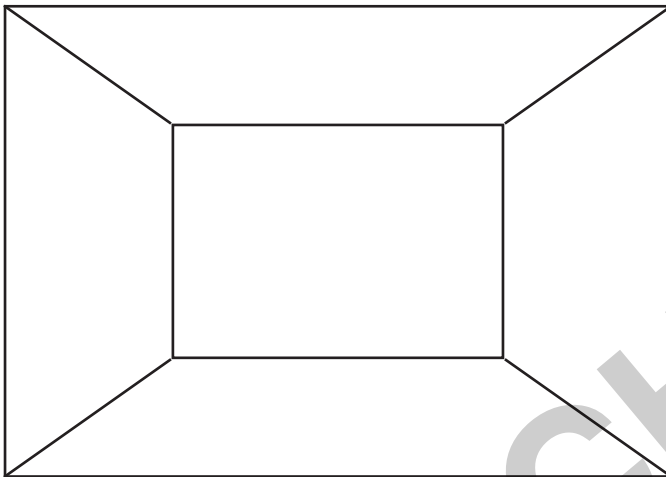
1 Was bedeutet Demokratie eigentlich?

Was heißt Demokratie?



Aufgabe 1: Was fällt euch zum Begriff „Demokratie“ ein?

- Findet euch in 3er- oder 4er-Gruppen zusammen
- Teilt den Papierbogen so auf, dass jeder ein eigenes Feld hat und zusätzlich ein freies Feld in der Mitte entsteht.



- Denke für dich alleine über die Aufgabe nach und notiere deine Überlegungen in deinem Feld.
- Dreht den Bogen so, dass jeder ein anderes Feld vor sich hat. Lest, was in diesem Feld steht und ergänzt oder kommentiert die Ideen. Dies wiederholt ihr so oft, bis jeder wieder sein eigenes Feld vor sich hat.
- Lest alle Ergänzungen und Kommentare durch.
- Einigt euch nun auf ein gemeinsames Gruppenergebnis und notiert es in dem mittleren Feld des Papierbogens.
- Ein Gruppenmitglied präsentiert das Ergebnis vor der Klasse.

1 Was bedeutet Demokratie eigentlich?

Demokratie als Volksherrschaft

Der Begriff „Demokratie“ stammt aus dem Griechischen und bedeutet so viel wie „Volksherrschaft“. Konkret bedeutet das, dass die politische Herrschaft grundsätzlich vom Volke ausgeht. In einem demokratischen Staat geht die Macht nicht von einem König oder einem Kaiser, sondern vom Volke aus. Die Theorie eines demokratischen Staates gründet auf der Idee der Volkssouveränität. Das Volk soll der souveräne Träger der Staatsgewalt sein.



Dabei gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Formen, auf welchem Weg das Volk die Herrschaft ausüben kann. Man unterscheidet zwischen der direkten und der repräsentativen (indirekten) Demokratie. In einer direkten Demokratie entscheiden die Bürger selbst durch Abstimmungen über politische Entscheidungen. In einer repräsentativen Demokratie wird das Volk durch Repräsentanten vertreten. Sie werden durch das Volk gewählt und treffen stellvertretend die politischen Entscheidungen.

Ein wichtiges Kriterium einer Demokratie ist, dass das Volk die Möglichkeit haben muss, einen Wechsel der Regierung herbeizuführen. Ein weiteres Merkmal von Demokratien ist das Mehrheitsprinzip. Das bedeutet, dass sich bei Abstimmungen bzw. Wahlen der Wille der Mehrheit gegenüber der Minderheit durchsetzt und der Wille der Mehrheit für alle verbindlich ist. Außerdem müssen Wahlen, also der Weg zur demokratischen Entscheidung, ganz bestimmten Prinzipien folgen:

Prinzipien für demokratische Wahlen

- Allgemein:** Jeder Bürger ab einem bestimmten Alter hat das Recht zu wählen.
- Gleich:** Jede Stimme hat das gleiche Gewicht.
- Geheim:** Niemand soll feststellen können, welche Wahlentscheidung man getroffen hat.
- Frei:** Jeder Bürger darf frei entscheiden, ob und was er wählt.



Aufgabe 2: Lies den folgenden Text und erkläre, warum die Deutsche Demokratische Republik (DDR) nur eine Scheindemokratie war. Schreibe in dein Heft/ in deinen Ordner.



In der DDR fanden regelmäßig Wahlen statt, doch die Ergebnisse waren immer gleich: Jedes Mal stimmten rund 99 Prozent der Bevölkerung für die bestehende Regierung. Gleichzeitig war die Unzufriedenheit mit der Regierung in der Bevölkerung aber groß: Wie kommt es dann zu solchen Wahlergebnissen? Das Wahlsystem in der DDR war so organisiert, dass über eine Einheitsliste gewählt wurde: Zur Wahl standen nicht die einzelnen Parteien, sondern in der DDR waren alle Parteien zur „Einheitsfront“ zusammengefasst. Das heißt, man konnte nur mit „Ja“ oder „Nein“ für oder gegen diese Liste stimmen. Die Führung über diese Parteien hatte aber die SED. Das heißt, sie war letztendlich die Partei, die alle Entscheidungen traf. Außerdem benutzte in der DDR kaum jemand Wahlkabinen aus Angst davor, bei einer „falschen“ Entscheidung anschließend verfolgt zu werden.

1 Was bedeutet Demokratie eigentlich?

Rechtsstaatlichkeit

In modernen und vor allem westlich geprägten Demokratien ist das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit eng mit der Idee von Demokratie verbunden. Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass die staatliche Macht nur auf der Grundlage der Verfassung ausgeübt werden darf. Ziel ist dabei, die Menschenwürde und die Freiheit der Bürger sowie Gerechtigkeit zu gewährleisten.



Im weiteren Sinne wird Rechtsstaatlichkeit auch mit dem Prinzip der Gewaltenteilung verbunden. Mit dem Begriff der „Gewaltenteilung“ ist gemeint, dass die Staatsgewalt auf mehrere Staatsorgane verteilt ist. Der Zweck davon ist, dass die staatliche Macht begrenzt wird, indem sich diese einzelnen Organe gegenseitig kontrollieren. Damit soll die Freiheit und die Gleichheit der Bürger gesichert werden.

Man unterscheidet zwischen drei verschiedenen Gewalten. Zum einen gibt es die Legislative (gesetzgebende Gewalt), also das Parlament. In Deutschland ist das der Bundestag, denn dort werden Gesetze verabschiedet. Zum anderen gibt es die Exekutive (ausführende Gewalt), also die Regierung. Aber auch die Verwaltung gehört zur Exekutive. Sie sorgt dafür, dass die Beschlüsse der Legislative ausgeführt werden. Und die dritte Gewalt ist die Judikative (rechtsprechende Gewalt), also die Gerichte. Ihre Aufgabe ist es, dass Verstöße gegen das Gesetz verhandelt werden.



Aufgabe 3: Was bedeutet „Rechtsstaatlichkeit“? Erkläre mit deinen eigenen Worten.



Aufgabe 4: Zu welcher Gewalt würdest du die folgenden Personen ordnen? Trage in die Tabelle ein.

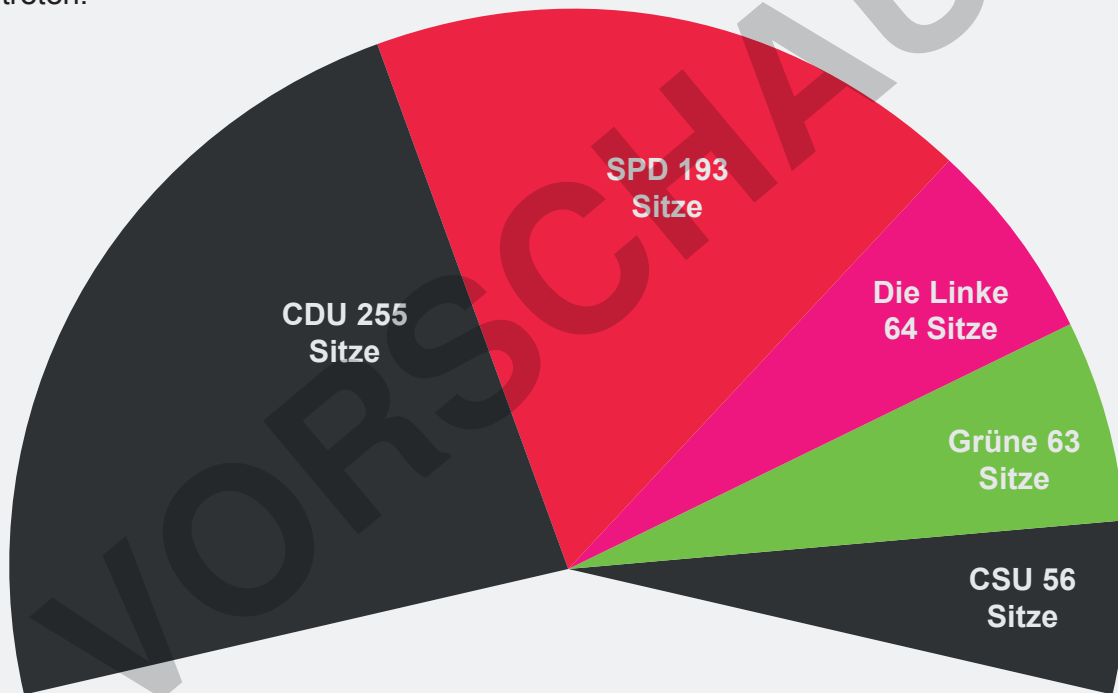
Polizist – Minister – Bundeskanzler – Abgeordneter – Staatsanwalt – Richter – Bundespräsident – Verwaltungsbeamter

Legislative	Exekutive	Judikative
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

7 Das Parteiensystem in Deutschland – Ein aktueller Überblick

Parteien vertreten Einzelinteressen von gesellschaftlichen Gruppen und verfolgen gemeinsame ideelle und programmatische Ziele. Im Unterschied zu Verbänden und Bürgerinitiativen sind sie bereit, Macht auszuüben und Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Die ersten Parteien, die in Deutschland 1848 im Vormärz und dann aus der Paulskirche heraus entstanden, waren locker und unverbindlich organisiert und hatten kein festes Programm. Sie stellten etwas völlig anderes dar als die beiden großen bundesdeutschen Parteien SPD und CDU/CSU zum Ende der 1970er-Jahre. Damals erreichten Sozialdemokratie und Christdemokratie den Höhepunkt ihrer Entwicklung mit jeweils ca. einer Million Mitgliedern. Beide Parteien waren Massenparteien geworden. Heute ist nach § 2 des Parteiengesetzes eine Partei eine Vereinigung von Bürgerinnen und Bürgern, die „dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken“ will. Das heißt konkret, dass sie in einem Zeitraum von sechs Jahren an wenigstens einer Bundestags- oder Landtagswahl mit eigenen Wahlvorschlägen teilnimmt. Folgende Parteien sind seit der letzten Wahl wie folgt im Bundestag vertreten:



Die Anzahl der Sitze bestimmt die Stärke einer Fraktion und ist für die Besetzung des Ältestenrates und der Ausschüsse entscheidend. Insgesamt sitzen im 18. Deutschen Bundestag 631 Abgeordnete.

Mindestens fünf Prozent der Mitglieder des Bundestages, die meist derselben Partei angehören, können eine Fraktion bilden und somit gemeinsame Ziele durchsetzen.



EA

Aufgabe 1: Beantworte die folgenden Fragen in vollständigen Sätzen.



- Was sind Parteien? Erkläre mit deinen eigenen Worten.
- Welche Parteien kennst du?

7 Das Parteiensystem in Deutschland – Ein aktueller Überblick



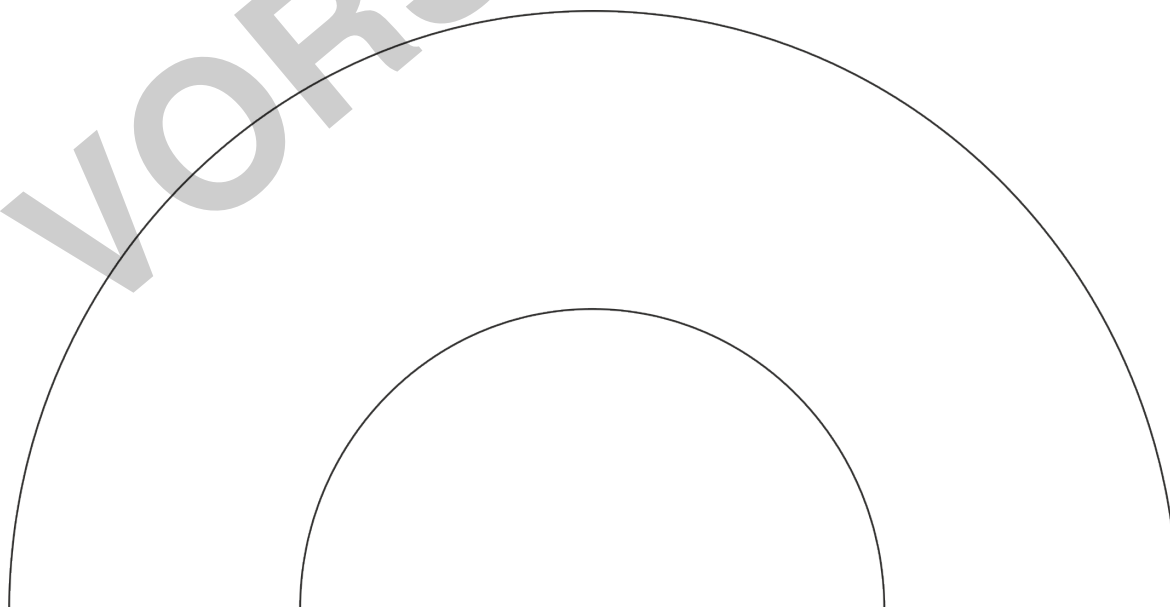
Aufgabe 2: Verbinde die Begriffe mit den passenden Definitionen.

Partei, die Mitglieder und vor allem Wähler in allen Gruppen der Bevölkerung hat (und über eine große Anhängerschaft verfügt).	1
Ein vom Volk für eine festgelegte Zeit in eine parlamentarische Institution gewählter Vertreter (auch Deputierter oder Delegierter).	2
Organisatorische Gliederung im Parlament, in der alle Abgeordneten einer Partei oder befreundeter Parteien zusammengeschlossen sind.	3

A	Fraktion
B	Volkspartei
C	Abgeordneter



Aufgabe 3: Informiert euch zu zweit über die Verteilung der Sitze im Bundestag nach der Wahl 2009 und malt die Verteilung in die Skizze. Fertigt vorher eine Legende an, in der ihr deutlich macht, welche Farbe welcher Partei zugeordnet wird. Achte beim Einzeichnen in die Skizze auf die Prozentzahl und deren richtige Übertragung in den Halbkreis (Gradzahl).



Aufgabe 4: Was fällt dir im Vergleich zur aktuellen Situation auf? Was hat sich verändert? Welche Partei hat mehr/weniger Sitze erlangt? Wodurch können solche Verteilungsänderungen entstehen? Schreibe deine Gedanken in dein Heft und



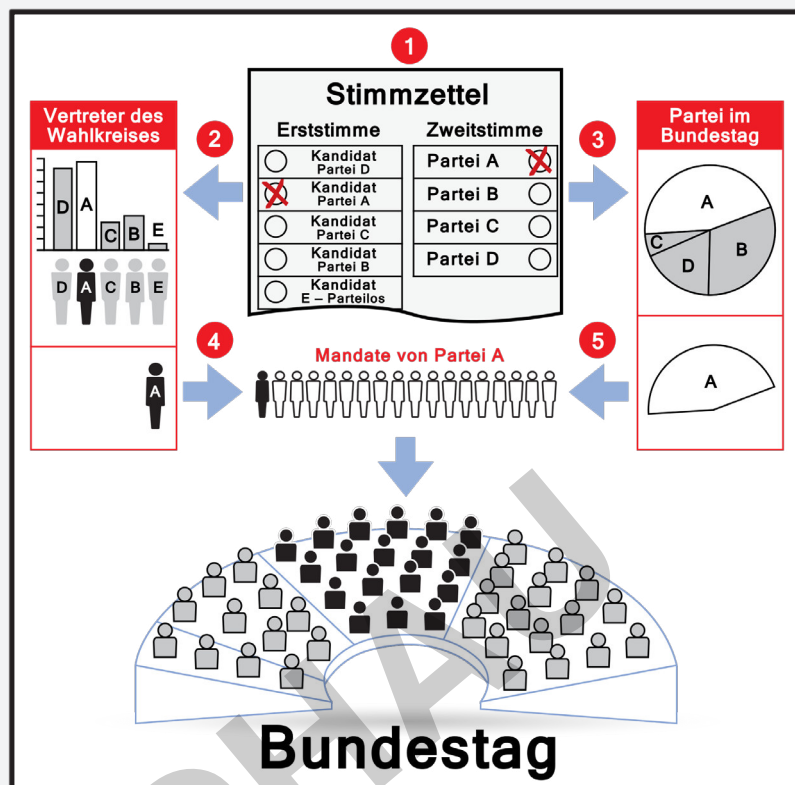
Man darf auf dem Wahlzettel zwei Kreuze machen: Mit der **Erststimme** (linke Spalte) wählt man den Direktkandidaten im jeweiligen Heimatwahlkreis – insgesamt sind das 299 Kandidaten in 299 Wahlkreisen. Das sind meist Parteimitglieder, aber weiter unten auf dem Zettel finden sich auch unabhängige Kandidaten, die ohne Parteiunterstützung in den Bundestag einziehen wollen. Wer die meisten Erststimmen im Wahlkreis erhält, zieht auf jeden Fall als Vertreter der Bürger vor Ort in den Bundestag ein. Dortmund beispielsweise ist in zwei Wahlkreise aufgeteilt, etwa in Ost und West. In jedem Wahlkreis deutschlandweit leben etwa 250.000

Menschen. Die **Zweitstimme** (rechte Spalte) gibt man dagegen einer Partei und entscheidet damit über die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag. Die Vertreter im Parlament wählen dann den Bundeskanzler – darauf hat man als Wähler also nur indirekten Einfluss.

Das deutsche, sogenannte **personalisierte Verhältniswahlsystem** verbindet damit zwei Elemente und zwei Ziele: Einerseits will es den Kandidaten im Wahlkreis möglichst an den Wähler binden: Dadurch, dass er direkt über die Erststimme wählbar ist, kann sich ein Kandidat eine gewisse Unabhängigkeit erlauben, auch gegenüber der eigenen Partei. So kann er zum Beispiel regionale Interessen vertreten oder seinem Gewissen und nicht dem Parteiwillen folgen. Allerdings zieht bei der Erststimme nur der Kandidat mit den meisten Stimmen in das Parlament ein. Die restlichen Stimmen verfallen.

Um diese vermeintliche Ungerechtigkeit auszugleichen, gibt es die Zweitstimme: Sie legt das Verhältnis der Parteien fest: Wenn deutschlandweit eine Partei 30 Prozent der Zweitstimmen erzielt, bekommt sie auch mindestens 30 Prozent der Sitze im Bundestag. Jede Stimme zählt hier gleich viel, und es fallen keine der Stimmen unter den Tisch. Eine Partei braucht mindestens fünf Prozent der Zweitstimmen, um Sitze im Bundestag zu erhalten. Hat sie weniger, geht sie komplett leer aus. Mit dieser Regelung soll das Parlament arbeitsfähig bleiben und nicht durch viele kleine Splitterparteien blockiert werden.

Anders als der Name vermuten lässt, ist die Zweitstimme entscheidend: Sie legt das Kräfteverhältnis der Parteien im Bundestag fest. Hier entscheidet sich, ganz unabhängig von der Erststimme und den Direktkandidaten, ob etwa eine Partei die Fünf-Prozent-Hürde schafft oder ob eine Koalition aus Parteien die Mehrheit erlangt. Bei den Prognosen und Hochrechnungen am Wahlabend geht es deswegen immer um die Zweitstimme. Im Bundestag gibt es regulär 598 Sitze, je nach Zweitstimmenergebnis werden sie auf die Parteien verteilt. Auf diese Sitze der Partei kommen dann zunächst die 299 Erststimmen-Gewinner aus den Wahlkreisen. Was dann noch an Sitzen übrig ist, wird mit Politikern aus den Landeslisten besetzt.



14 Kritik am politischen System Deutschlands



Aufgabe 2: Welche Ursachen für die Politikverdrossenheit werden im Text genannt? Zähle in Stichpunkten auf.

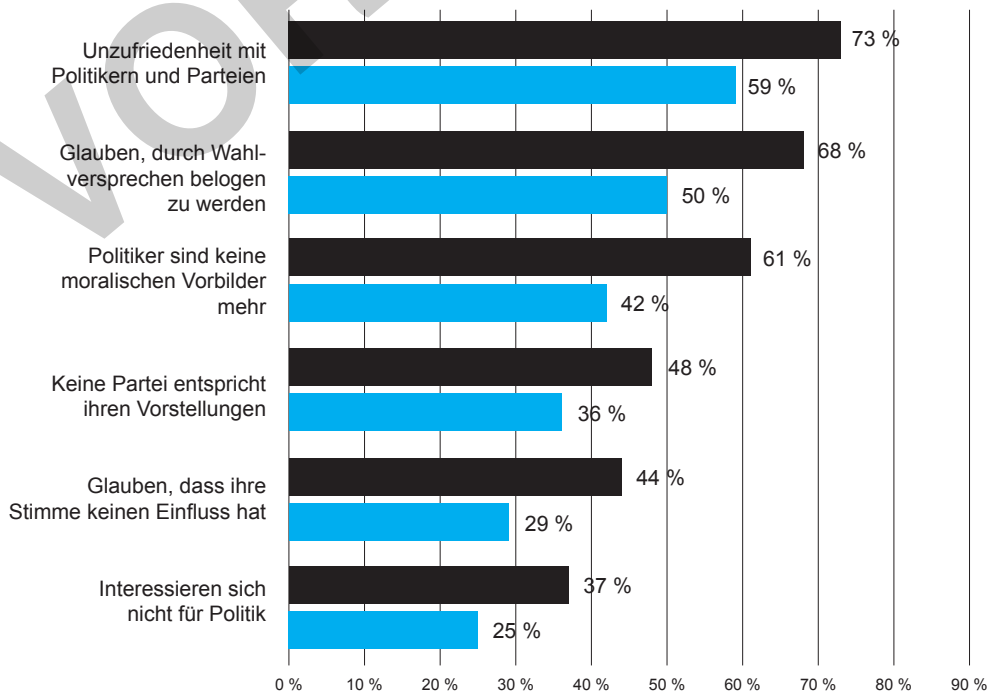




Aufgabe 3: Was ist aus der Statistik herauszulesen? Analysiert sie und schreibt auf, was sie aussagt. Welche Extremwerte stellt ihr fest? Was ist außergewöhnlich? Tauscht euch gegebenenfalls mit euren Tischnachbarn aus.

Ursachen von Wahlmüdigkeit und Politikverdrossenheit in Deutschland in den Jahren 2002 und 2009

Im Jahr 2002 waren für 59 Prozent der Befragten Unzufriedenheit mit Politikern und Parteien Ursachen von Wahlmüdigkeit und Politikverdrossenheit.



■ 2002 ■ 2009